

# Entwicklung der Staats- und Kommunalfinanzen im Jahr 2002

## 1. Staatsfinanzen

Die kassenmäßigen Ausgaben des Landes Niedersachsen sind im Jahr 2002 weiter gestiegen, allerdings mit geringfügiger Zuwachsrate. Nach kräftigem Anstieg im Vorjahr lagen die „Bereinigten Gesamtausgaben“ im Jahr 2002 mit 22 186 Mio. Euro nur um 118 Mio. Euro oder 0,5 % über dem Stand von 2001. Bei den Ausgaben der laufenden Rechnung (+ 3,1 %) musste eine wesentlich stärkere Zunahme festgestellt werden. Die Gesamtausgaben änderten sich deshalb nur unwesentlich, weil die Ausgaben der Kapitalrechnung dämpfend wirkten. Nach einer merklichen Ausweitung im Vorjahr wurde im Jahr 2002 eine kräftige Reduzierung vorgenommen, und zwar im Vergleich zu 2001 um immerhin 17,4 %.

Die kassenmäßigen Einnahmen des Landes waren im Jahr 2002 leicht rückläufig. Mit 18 397 Mio. Euro lagen die „Bereinigten Gesamteinnahmen“ um 1,4 % unter dem Betrag des Vorjahres. Dabei stand einem geringen Anstieg der Einnahmen aus der laufenden Rechnung von 0,3 % ein kräftiger Rückgang der Einnahmen aus der Kapitalrechnung von 28,1 % gegenüber. Gemessen an den Gesamteinnahmen überwogen die laufenden Einnahmen mit großem Abstand. Durch die rückläufige Entwicklung bei den Einnahmen der Kapitalrechnung wurde dieses Übergewicht noch größer.

### Anteil der Personalausgaben gestiegen

Die Ausgaben der laufenden Rechnung (siehe Tabelle 1) beliefen sich im Jahr 2002 auf 19 942 Mio. Euro. Sie machten damit fast 90 % der „Bereinigten Gesamtausgaben“ aus. Von überragender Bedeutung waren erwartungsgemäß wiederum die Personalausgaben in Höhe von 8 476 Mio. Euro. Sie stiegen überdurchschnittlich um 322 Mio. Euro oder 4,0 %. Dadurch erhöhte sich ihr Anteil an den „Bereinigten Gesamtausgaben“ von 36,9 % im Jahr 2001 auf 38,2 % im Jahr 2002. Allerdings ergab sich dieser Zuwachs im Vergleich mit einem relativ niedrigen Vorjahresniveau, das durch Ausgliederungen von Hochschulen aus dem Landeshaushalt entstanden war. Da es im Jahr 2002 keine weiteren Ausgliederungen gab, wandelte sich die Reduzierung der Personalausgaben in einen deutlichen Anstieg, der vor allem auf erhöhte Beihilfen (+ 7,4 %) und Versorgungsbezüge (+ 5,6 %) zurückzuführen war.

## 1. Kassenmäßige Ausgaben des Landes im Jahr 2002 (vorläufiges Ergebnis)

Art der Ausgaben	Mio. €	€ je Einwohner	Veränderung zum Vorjahr in %
Personalausgaben	8 476	1 064	+4,0
Laufender Sachaufwand	1 405	176	+3,3
Zinsausgaben	2 259	283	+2,8
Zuweisungen/Zuschüsse für lfd. Zwecke <sup>1)</sup>	7 802	979	+2,1
dar. an öffentlichen Bereich	4 340	544	+1,5
an Unternehmen <sup>2)</sup>	2 147	269	+17,7
an soziale o.ä. Einrichtungen	415	52	+11,6
Sozial- und sonstige Geldleistungen			
an natürliche Personen <sup>3)</sup>	720	90	-0,6
<b>Ausgaben der laufenden Rechnung</b>	<b>19 942</b>	<b>2 502</b>	<b>+3,1</b>
Sachinvestitionen	411	52	-1,8
Erwerb von Beteiligungen	- 5	- 1	x
Vermögensübertragungen	1 758	221	+7,4
dar. an öffentlichen Bereich <sup>4)</sup>	720	90	+33,1
an andere Bereiche <sup>2)</sup>	1 038	130	-5,3
Gewährung von Darlehen	25	3	-79,4
Schuldentilgung an öffentl. Bereich	55	7	+52,3
<b>Ausgaben der Kapitalrechnung</b>	<b>2 243</b>	<b>281</b>	<b>-17,4</b>
<b>Bereinigte Gesamtausgaben</b>	<b>22 186</b>	<b>2 784</b>	<b>+0,5</b>
nachr.: Finanzierungssaldo	-3 789	- 475	x
<b>Besondere Finanzierungsvorgänge</b>	<b>2 381</b>	<b>299</b>	<b>+30,5</b>
dar. Schuldentilgung an Kreditmarkt	2 373	298	+33,1

<sup>1)</sup> Einschl. allgem. Zuweisungen, Schuldendiensthilfen, sowie Erstattungen an öffentl. Bereich.

<sup>2)</sup> Einschl. der aus dem Landeshaushalt ausgegliederten Einrichtungen, z.B. Fachhochschulen.

<sup>3)</sup> Einschl. Zahlungen nach dem Wohngeld- bzw. Unterhaltsvorschussgesetz. - <sup>4)</sup> Zuweisungen für Investitionen.

Ebenfalls große Bedeutung besaßen die Zuweisungen/Zuschüsse für laufende Zwecke mit einem kassenmäßigen Gesamtbetrag von 7 802 Mio. Euro. Damit übertrafen sie den Vorjahresstand um 162 Mio. Euro oder 2,1 %. Den größten Anteil an dieser Ausgabeart nahmen mit 4 340 Mio. Euro die Zuweisungen und Erstattungen an den öffentlichen Bereich, insbesondere an Gemeinden und Gemeindeverbände, ein. Auch Zahlungen an Einrichtungen, die aus dem Landeshaushalt ausgegliedert worden sind, wie z.B. Hochschulen, fallen unter die Position „Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke“. Sie sind mit den Zahlungen an Unternehmen zu einer Position zusammengefasst. Nach den bereits erwähnten Ausgliederungen von Hochschulen aus dem Landeshaushalt im Jahr 2001 sind diese Zahlungen auch im Jahr 2002 deutlich ausgeweitet worden. Im Verhältnis hierzu erscheinen die Ausgaben an soziale o.ä. Einrichtungen mit 415 Mio. Euro als gering, auch wenn diese Beträge im Vorjahresvergleich um 11,6 % erhöht wurden. Die Sozial- und sonstigen Geldleistungen an natürliche Personen sind dagegen um 4 Mio. Euro auf 720 Mio. Euro gesunken (- 0,6 %).

Ein weiterer großer Teil der laufenden Ausgaben entfiel auf die Zinsausgaben. Sie nahmen im Jahr 2002 um 2,8 % auf 2 259 Mio. Euro weiter zu, woraus sich pro Einwohner ein Betrag von 283 Euro ergab. Der laufende Sachaufwand bildet den Rest der stetig anfallenden Ausgaben. Zum Sachaufwand gehören u.a. Ausgaben für den Geschäftsbedarf, Mieten und Pachten u.ä. Insgesamt mussten im Jahr 2002 hierfür 1 405 Mio. Euro aufgewendet werden, 45 Mio. Euro (+ 3,3 %) mehr als im Jahr 2001.

### Sachinvestitionen leicht rückläufig

Während die laufenden Ausgaben im wesentlichen festliegen und daher wenig Ansatzpunkte für Kürzungen bieten, lassen sich die Ausgaben der Kapitalrechnung eher verändern. Das Land Niedersachsen hat im vergangenen Jahr bei einzelnen Positionen Einsparungen vorgenommen und bei der Kapitalrechnung insgesamt deutlich weniger Ausgaben als im Vorjahr getätigt. Allerdings wurde der Vorjahresvergleich dadurch beeinträchtigt, dass im EXPO-Folgejahr 2001 der EXPO-Gesellschaft in erheblichem Umfang Kapital zugeführt wurde. Dieses Kapital wurde unter der Position „Erwerb von Beteiligungen“ verbucht, die dadurch auf 504 Mio. Euro anstiegen. Im Jahr 2002 gab es Rückzahlungen aus dem Kapital der EXPO. Sie führten als Ausgabeabsetzungen dazu, dass die Position „Erwerb von Beteiligungen“ einen negativen Wert erhielt.

Für eigene Sachinvestitionen gab das Land – wie schon im Vorjahr – weniger Geld aus. Gegenüber 2001 wurden um 7 Mio. Euro geringere Mittel zur Verfügung gestellt, so dass das Investitionsvolumen um 1,8 % sank.

Der größte Teil aller Ausgaben der Kapitalrechnung entfiel auf Vermögensübertragungen in Form von Investitionszuweisungen und -zuschüssen an öffentliche und andere Bereiche. Hierunter fallen auch Zuschüsse an die aus dem Landeshaushalt ausgelagerten Einrichtungen, insbesondere die Hochschulen und Fachhochschulen. Die Vermögensübertragungen insgesamt wurden im Jahr 2002 beträchtlich auf 1 758 Mio. Euro erhöht, woraus sich eine Steigerung von immerhin 7,4 % ergab.

Die Gewährung von Darlehen sank im Vorjahresvergleich um 79,4 % auf 25 Mio. Euro. Allerdings waren in den Beträgen des Jahres 2001 Darlehen an den Personennahverkehr (Vorfinanzierung einer DB-Strecke durch das Land) enthalten, die zu einer außergewöhnlichen Erhöhung der Gesamtposition führten.

Die Schuldentilgung an den öffentlichen Bereich nahm zwar um 52,3 % zu, erreichte jedoch mit einem Absolutbetrag von 55 Mio. Euro keine wesentliche Bedeutung.

### 2. Kassenmäßige Einnahmen des Landes im Jahr 2002 (vorläufiges Ergebnis)

Art der Einnahmen	Mio. €	€ je Einwohner	Veränderung zum Vorjahr in %
Steuereinnahmen <sup>1)</sup>	13 362	1 677	-6,8
Zuweisungen/Zuschüsse für lfd. Zwecke <sup>2)</sup>	2 929	367	-7,3
dar. von Bund und Ländern	2 221	279	-12,8
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	845	106	x
Gebühren, sonstige Entgelte	80	10	-45,8
Übrige Einnahmen der lfd. Rechnung	386	48	+64,7
<b>Einnahmen der laufenden Rechnung</b>	<b>17 602</b>	<b>2 208</b>	<b>+0,3</b>
Veräußerung von Vermögen	15	2	-77,7
Vermögensübertragungen	674	85	-23,6
dar. von Bund und Ländern <sup>3)</sup>	535	67	-31,6
Rückflüsse von Darlehen	94	12	-31,6
Schuldenaufnahme vom öffentl. Bereich	13	2	-39,5
<b>Einnahmen der Kapitalrechnung</b>	<b>795</b>	<b>100</b>	<b>-28,1</b>
<b>Bereinigte Gesamteinnahmen</b>	<b>18 397</b>	<b>2 308</b>	<b>-1,4</b>
<b>Besondere Finanzierungsvorgänge</b>	<b>4 629</b>	<b>581</b>	<b>+61,2</b>
dar. Schuldenaufnahme am Kreditmarkt	4 610	578	+61,9

<sup>1)</sup> Einschl. steuerähnli. Abgaben (= 202,6 Mio. €). - <sup>2)</sup> Einschl. allgem. Zuweisungen, Schuldendiensthilfen und Erstattungen. - <sup>3)</sup> Zuweisungen für Investitionen.

### Steuern weitaus überwiegende Einnahmequelle

Dominierende Einnahmequelle des Landes waren im Jahr 2002 wiederum die Steuereinnahmen, die insgesamt einen Betrag von 13 362 Mio. Euro erreichten (s. Tabelle 2). Allerdings lag das Ergebnis deutlich unter dem Stand von 2001. Die Einbußen betragen immerhin 6,8 %. Dabei sind die steuerähnlichen Abgaben – wie z.B. von Spielbanken – in Höhe von 203 Mio. Euro berücksichtigt worden. Ohne diese Abgaben verfügte das Land im Jahr 2002 über 13 160 Mio. Euro an Einnahmen aus Steuern (siehe Tabelle 3).

Die Einnahmen aus den sog. „Gemeinschaftsteuern“, bei denen sich der Bund und die Länder – einschließlich der Gemeinden – das Steueraufkommen teilen, gingen deutlich um 6,8 % gegenüber dem Vorjahr zurück. Sie erreichten nur noch einen Betrag von 11 521 Mio. Euro. Im wesentlichen war diese negative Entwicklung auf Mindereinnahmen aus der Körperschaftsteuer (- 38,2 %) und den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag (- 25,6 %) zurückzuführen. Auch der Landesanteil an den Umsatzsteuern verlor als Einnahmequelle an Bedeutung.

Unter Einbeziehung der steuerinduzierten Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich (LFA) und aus den Bundesergänzungszuweisungen (BEZ) verschlechterte sich die finanzielle Situation im Vorjahresvergleich sogar um 8,3 %. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, dass es sich bei den zuletzt genannten Einnahmen um Vorauszahlungen handelt, die noch unter dem Vorbehalt der Endabrechnung für das Kalenderjahr 2002 stehen.

### 3. Kassenmäßige Steuereinnahmen des Landes und der Gemeinden/Gv im Jahr 2002

Art der Steuern	2001	2002	Veränderung 2002 gegenüber 2001 in %
	Mio. €		
<b>Landesanteile an Gemeinschaftsteuern</b>	<b>12 359</b>	<b>11 521</b>	<b>-6,8</b>
dav. Steuern vom Einkommen	6 296	5 960	-5,3
dav.: Lohnsteuer	4 711	4 708	-0,1
veranlagte Einkommensteuer	262	248	-5,2
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	583	434	-25,6
Zinsabschlagsteuer	302	299	-1,0
Körperschaftsteuer	438	271	-38,2
Steuern vom Umsatz <sup>1)</sup>	5 679	5 160	-9,1
Gewerbsteuerumlage	384	401	+4,4
<b>Landessteuern</b>	<b>1 767</b>	<b>1 638</b>	<b>-7,3</b>
dar.: Vermögensteuer	35	24	-31,6
Erbschaftsteuer	221	204	-7,6
Grunderwerbsteuer	407	378	-7,1
Kraftfahrzeugsteuer	862	776	-10,0
Lotteriesteuer	171	184	+7,4
Feuerschutzsteuer	30	33	+7,3
Biersteuer	41	40	-3,2
<b>Steuereinnahmen des Landes zusammen</b>	<b>14 126</b>	<b>13 160</b>	<b>-6,8</b>
nachrichtlich: Länderfinanzausgleich	548	362	-33,9
Bundesergänzungszuweisungen	816	687	-15,7
	<b>2 048</b>	<b>2 098</b>	<b>+2,4</b>
<b>Gemeindeanteile an Gemeinschaftsteuern</b>			
dav.: Lohn- und veranlagte Einkommensteuer	1 823	1 875	+2,8
Umsatzsteuer	224	223	-0,7
<b>Gemeindesteuern</b>	<b>2 545</b>	<b>2 660</b>	<b>+4,5</b>
dav.: Grundsteuer A	58	59	+1,7
Grundsteuer B	900	929	+3,3
Gewerbsteuer (netto) <sup>2)</sup>	1 517	1 600	+5,5
übrige Gemeindesteuern	70	71	+1,3
<b>Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv zusammen</b>	<b>4 593</b>	<b>4 757</b>	<b>+3,6</b>
nachrichtlich: kommunaler Finanzausgleich	2 793	2 699	-3,4

<sup>1)</sup> Einschl. Ausgleichszahlungen. - <sup>2)</sup> Nach Abführung der Gewerbesteuerumlage.

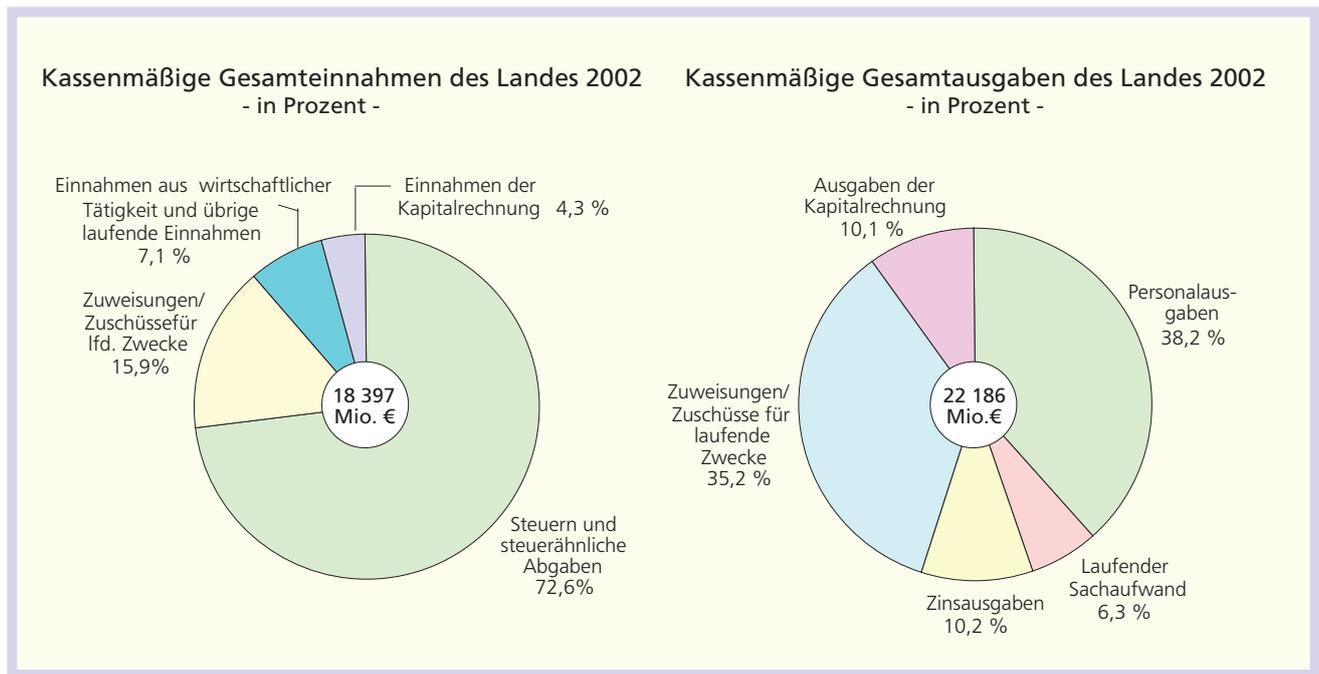
#### Lohnsteuereinnahmen kaum verändert

Die Lohnsteuer lag – wie schon in den Vorjahren – nicht mehr an der Spitze der Steuerquellen. Sie nahm wiederum hinter der Umsatzsteuer nur noch den zweiten Rang ein, obwohl es dort zu den schon angesprochenen deutlichen Einbußen kam. Insgesamt besaßen allerdings die Steuern von Einkommen innerhalb der Gemeinschaftsteuern ein deutliches Übergewicht vor den Steuern vom Umsatz.

Die mit weitem Abstand dominierende Steuer vom Einkommen, nämlich die Lohnsteuer, ging im Jahr 2002 leicht um 3 Mio. Euro zurück. Wesentlich beeinflusst wurde die Entwicklung durch deutlich erhöhte Kindergeldzahlungen. So leistete das Land Niedersachsen im

Haushaltsjahr 2002 Kindergeldzahlungen in Höhe von insgesamt 3 368,8 Mio. Euro. Dies bedeutete eine Steigerung gegenüber dem Haushaltsjahr 2001 um 323,5 Mio. Euro oder 10,6 %. Von den Zahlungen entfielen 525,0 Mio. Euro auf steuerliches Kindergeld und 2 843,8 Mio. Euro auf Zahlungen über Kindergeldkassen. Unter Berücksichtigung der Einbußen durch Kindergeldzahlungen und zusätzlich auch durch Arbeitnehmersparzulagen in Höhe von 16,4 Mio. Euro verblieben dem Land vom Lohnsteueraufkommen noch 4 708 Mio. Euro.

Die Entwicklung bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag – im wesentlichen ist dies die Kapitalertragsteuer – verlief nach Jahren des Anstiegs im Jahr 2002 deutlich negativ. Das Aufkommen sank von 583 Mio. Euro im Jahr 2001 um 149 Mio. Euro auf 434 Mio. Euro im Jahr



2002. Ursache hierfür dürfte die konjunkturelle Entwicklung und damit verbundene verringerte Gewinnausschüttungen der Unternehmen gewesen sein.

Das Aufkommen an Zinsabschlagsteuer war im Jahr 2002 ebenfalls rückläufig. Nach deutlichen Steigerungen in den beiden Vorjahren erreichten die Einnahmen im vergangenen Jahr 299 Mio. Euro. Mit einem Minus von 3 Mio. Euro oder 1,0 % hielten sich die Einbußen allerdings in engen Grenzen.

Bei der veranlagten Einkommensteuer beliefen sich die Vorauszahlungen auf die voraussichtliche Steuerschuld im Jahr 2002 auf 3 252,4 Mio. Euro. Sie stiegen damit gegenüber dem Vorjahr leicht um 52 Mio. Euro oder 1,6 %. Die Abschluss- und Nachzahlungen lagen im Jahr 2002 allerdings merklich unter den Beträgen des Vorjahres. Insgesamt ergab sich eine Abnahme um 60,0 Mio. Euro oder 3,8 % auf 1 501,0 Mio. Euro. Da gleichzeitig das Erstattungsvolumen um 38,9 Mio. Euro auf 3 045,7 Mio. Euro anstieg, trafen im Vorjahresvergleich mehrere negative Effekte zusammen. Sie führten gemeinsam dazu, dass das Aufkommen aus der veranlagten Einkommensteuer im Jahr 2002 zurückging, und zwar um 14 Mio. Euro oder 5,2 %. Es ist darauf hinzuweisen, dass im vorgenannten Erstattungsvolumen auch Rückzahlungen in Höhe von 1 373 Mio. Euro im Rahmen von Arbeitnehmerveranlagungen nach § 46 Einkommensteuergesetz enthalten waren.

Einen Beitrag zu den Einbußen bei der Einkommensteuer leistete auch die um 139,6 Mio. Euro auf 1 162,3 Mio.

Euro gestiegene Eigenheimzulage, die aus dem Aufkommen an Einkommensteuer bezahlt wird. Außerdem wurde das Aufkommen durch die Investitionszulage in Höhe von 18,8 Mio. Euro und durch Zahlungen an das Bundesamt für Finanzen in Höhe von 3,5 Mio. Euro gemindert.

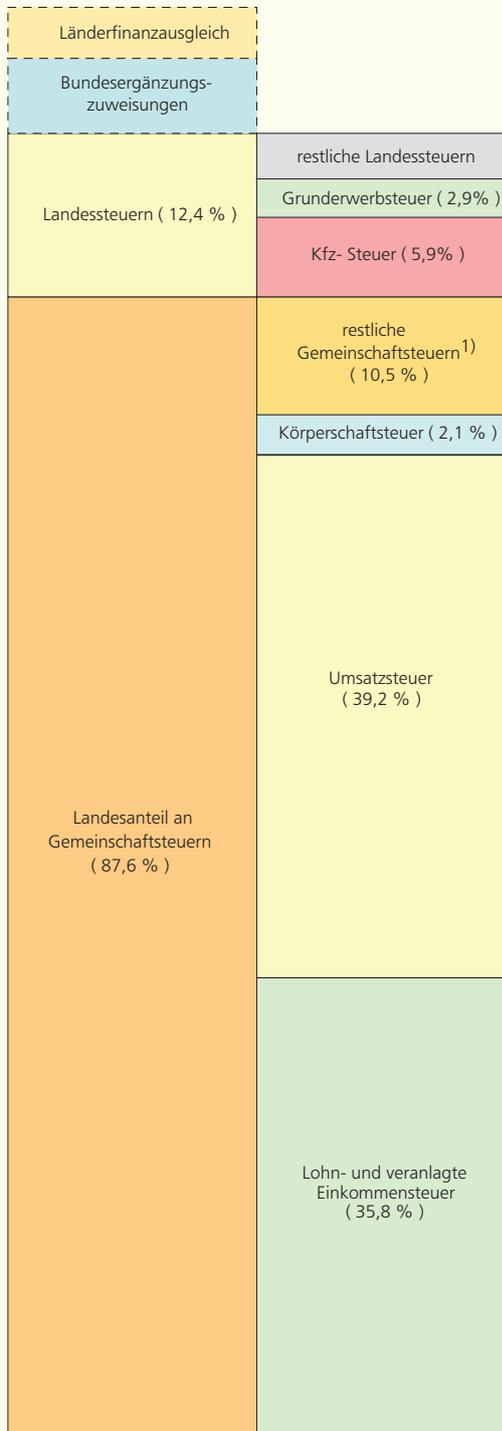
Bei der Körperschaftsteuer wurde die Entwicklung im Jahr 2002 entscheidend durch die Vorauszahlungen, insbesondere vom letzten Vorauszahlungstermin für den Veranlagungszeitraum 2002, geprägt. Die negative Tendenz der ersten neun Monate wurde durch das gute Ergebnis des vierten Quartals etwas abgeschwächt. Die Nachzahlungen gingen gegenüber dem Vorjahr leicht um 35,7 Mio. Euro auf 779,5 Mio. Euro zurück, die Erstattungen verringerten sich im Vorjahresvergleich stark um 462,5 Mio. Euro. Durch den Rückgang der Vorauszahlungen ergab sich jedoch per Saldo eine deutliche Verringerung des Körperschaftsteueraufkommens von 167 Mio. Euro auf nunmehr 271 Mio. Euro. Vermindert wurden die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer auch durch die Auszahlung von Investitionszulagen in Höhe von 2,7 Mio. Euro sowie durch die Zahlung von Erstattungen an das Bundesamt für Finanzen in Höhe von 53,3 Mio. Euro. Der Anteil der Körperschaftsteuer am Gesamtsteueraufkommen des Landes sank auf nur noch 2,1 %, nachdem er im Vorjahr bei 3,1 % lag.

### Umsatzsteuer weiterhin Spitzenreiter

Wie in den Vorjahren nahm die Umsatzsteuer auch im Jahr 2002 wieder den ersten Rang unter den Steuerquel-

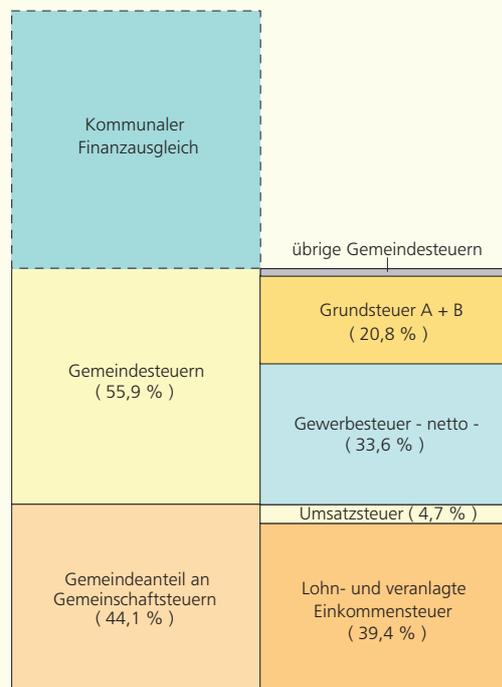
## Steuereinnahmen des Landes und der Gemeinden/Gv

Land 2002 = 13 160 Mio. €



- Anteil in v. H. der Steuereinnahmen  
des Landes bzw.  
der Gemeinden/Gemeindeverbände -

Gemeinden/Gv 2002 = 4 757 Mio. €



1) Einschließlich Gewerbesteuerumlage

len ein. Allerdings war die Tendenz – nicht zuletzt wegen der konjunkturellen Entwicklung – eindeutig negativ. So erzielten die Finanzämter mit einem Aufkommen von 4 622,1 Mio. Euro um 150,1 Mio. Euro oder 3,1 % geringere Einnahmen als im Vorjahr. Davon flossen unter Berücksichtigung von Einfuhrumsatzsteuer, Ausgleichszahlungen im Länderfinanzausgleich und Fondslasten ein Betrag von 5 160,4 Mio. Euro in die Kassen des Landes. Damit lag der Landesanteil an der Umsatzsteuer um 518,2 Mio. Euro oder 9,1 % unter dem Vorjahrswert, was vor allem auf die negative Ausgleichszahlung, die im Zusammenhang mit der Umsatzsteuerabrechnung des Jahres 2001 stand, zurückzuführen war.

### **Einnahmen aus den reinen Landessteuern gesunken**

Die Einnahmen aus den reinen Landessteuern sind im Jahr 2002 deutlich gesunken. Mit einem Betrag von 1 638 Mio. Euro lagen sie um 129 Mio. Euro (- 7,3 %) unter dem Stand von 2001. Damit konnte die vorgesehene Kompensation für den Wegfall der Vermögensteuer durch Mehreinnahmen aus der Erbschaft- und Grunderwerbsteuer noch immer nicht erreicht werden. Nachdem die Erbschaftsteuer bereits im Jahr 2001 merklich um 6,3 % gesunken war, gab es im Jahr 2002 (- 7,6 %) weitere Einbußen. Auch bei der Grunderwerbsteuer (- 7,1 %) war die Entwicklung weiterhin negativ. Die erwarteten kräftigen Einbußen aus der rückläufigen Abwicklung von älteren Verfahren der Vermögensteuer (- 31,6 %) fielen dagegen kaum ins Gewicht.

Entscheidend geprägt wurde die Entwicklung bei den Landessteuern im Jahr 2002 durch die Kraftfahrzeugsteuer, der mit Abstand ergiebigsten Steuerart unter den reinen Landessteuern. Ihr Anteil machte fast 50 % aus. Da es hier einen Rückgang um 10,0 % gab, war auch das Gesamtergebnis negativ.

Die restlichen Landessteuern spielten als Einnahmequelle keine wesentliche Rolle. Die Lotteriesteuer erbrachte dem Land im Jahr 2002 einen Betrag von 184 Mio. Euro, ein Plus von 7,4 %. Das Aufkommen aus der Feuerschutzsteuer belief sich auf 33 Mio. Euro. Der deutliche relative Zuwachs gegenüber dem Vorjahr von 7,3 % machte allerdings nur 3 Mio. Euro aus. Aus der Biersteuer flossen dem Land 40 Mio. Euro zu, fast soviel wie im Vorjahr (- 3,2 %).

### **Zuweisungen/Zuschüsse weiterhin deutlich rückläufig**

Neben den Steuereinnahmen zählen die Zuweisungen/Zuschüsse für laufende Zwecke einschließlich der allge-

meinen Zuweisungen, Schuldendiensthilfen und Erstattungen zu den wichtigsten Einnahmepositionen der laufenden Rechnung. Sie erbrachten dem Land im Jahr 2002 insgesamt 2 929 Mio. Euro (siehe Tabelle 2). Gegenüber 2001 ging damit der Betrag deutlich um 7,3 % zurück. Mit rund 75 % waren der Bund und die Länder an den Zahlungen beteiligt, insbesondere an den bereits erwähnten Zuweisungen aus dem Länderfinanzausgleich und den Bundesergänzungszuweisungen. Diese Beträge verringerten sich im Vorjahresvergleich noch stärker, nämlich um 13,0 %.

Aus der Position „Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit“ geht erwartungsgemäß hervor, ob und in welchem finanziellen Umfang das Land Einnahmen aus seinen wirtschaftlichen Aktivitäten erzielt. Im vergangenen Jahr machte dieser Betrag 845 Mio. Euro aus. Ein Vergleich mit dem Vorjahresergebnis ergibt wenig Sinn, da im vierten Quartal 2001 die Rückzahlung der Förderzinsabgabe an das Unternehmen BEB als negative Einnahme verbucht wurde. Diese Rückzahlung übertraf den Betrag aus den laufenden Einnahmen der wirtschaftlichen Tätigkeit in erheblichem Umfang. Im vierten Quartal 2001 ergab sich dadurch ein Minus in Höhe von rund 1,8 Mrd. DM (etwa 900 Mio. Euro). Das Jahresergebnis 2001 war ebenfalls negativ und lag bei 630 Mio. DM (321 Mio. Euro).

Im Gegensatz zu den Kommunalhaushalten lieferten die Gebühren und sonstigen Entgelte im Landeshaushalt nur einen geringen Finanzierungsbeitrag. Mit einem Aufkommen im Jahr 2002 von 80 Mio. Euro machten sie nicht einmal 0,5 % der Einnahmen der laufenden Rechnung aus. Dabei waren diese Beträge weiterhin stark rückläufig (- 45,8 %).

### **Vermögensübertragungen erheblich gesunken**

Außer den laufenden Einnahmen fließen dem Land weitere Geldbeträge zu. Die Einnahmen der Kapitalrechnung setzen sich aus Vermögensübertragungen, Rückflüssen von Darlehen, Erlösen aus Vermögensveräußerungen sowie Schuldenaufnahme vom öffentlichen Bereich zusammen. Im Jahr 2002 erreichten sie einen Betrag von 795 Mio. Euro, 311 Mio. Euro oder 28,1 % weniger als 2001. Allerdings ergab sich diese hohe Abnahmerate im Vergleich mit einem stark gestiegenen Vorjahrswert. Immerhin betrug die Wachstumsrate im Vorjahr 46,2 %. Durch die großen Einbußen sank der Anteil der Einnahmen aus der Kapitalrechnung an den „Bereinigten Gesamteinnahmen“ von 5,9 % im Jahr 2001 auf nur noch 4,3 %.

Wichtigste Einnahmeart der Kapitalrechnung waren im Jahr 2002 die Vermögensübertragungen. Mit 674 Mio. Euro lagen sie um 23,6 % erheblich unter den Beträgen

des Vorjahres. Den weitaus überwiegenden Anteil machten die Zuweisungen für Investitionen von Bund und Ländern aus. Die Einnahmen hieraus gingen im Jahr 2002 um 247 Mio. Euro oder 31,6 % auf 535 Mio. Euro zurück.

Die Rückflüsse von Darlehen (z.B. aus der Förderung des Wohnungsbaus) gingen im Jahr 2002 ebenfalls stark zurück, und zwar um 43 Mio. Euro (- 31,6 %) auf 94 Mio. Euro. Sie verloren damit beträchtlich an Bedeutung. Dies gilt in noch stärkerem Maße für die Einnahmen aus der Veräußerung von Vermögen (15 Mio. Euro) und die Schuldenaufnahme vom öffentlichen Bereich (13 Mio. Euro).

### **Negativer Finanzierungssaldo weiter gestiegen**

Durch Gegenüberstellung der Einnahmensumme aus der laufenden Rechnung und der Kapitalrechnung (= „Bereinigte Gesamteinnahmen“) einerseits und der entsprechenden Ausgabensumme (= „Bereinigte Gesamtausgaben“) andererseits errechnet sich der „Finanzierungssaldo“.

Diese Größe war auch im Jahr 2002 negativ. Sie gibt also an, in welchem Umfang die Ausgaben über den Einnahmen lagen. Die entstandene Differenz muss über die sog. „besonderen Finanzierungsvorgänge“ abgedeckt werden. Überwiegend geschieht dies durch Inanspruchnahme des Kreditmarkts. Im Jahr 2002 erreichte der Saldo 3 789 Mio. Euro. Dieser Betrag lag deutlich über dem Stand des Vorjahres. In ihm kommen die um rund eine Milliarde Euro geringeren Steuereinnahmen zum Ausdruck. Die bereinigten Gesamtausgaben konnten dagegen – wie eingangs erwähnt – nahezu konstant gehalten werden.

## **2. Kommunalfinanzen**

Wie aus ersten Ergebnissen der vierteljährlichen Kassenstatistik abzulesen ist, hat sich die Haushaltssituation der niedersächsischen Gemeinden und Gemeindeverbände im Jahr 2002 gegenüber dem Vorjahr nicht erholt. Nachdem in 1998 erstmals eine spürbare Verbesserung der seit Anfang der 90'er Jahre schwierigen Finanzlage der Kommunen festgehalten werden konnte, die sich bis 2000, wenn auch abgeschwächt, fortsetzte, ist seitdem eine Trendwende zu einer noch schwierigeren Finanzsituation für die Kommunen unübersehbar. Von 467 Verwaltungseinheiten – wobei Samtgemeinden mit ihren Mitgliedsgemeinden zusammengefasst wurden – nahm der Anteil derer, die in ihren Verwaltungshaushalten gemäß der vierteljährlichen Kassenstatistik keine Überschüsse (Saldo aus Einnahmen und Ausgaben ohne Zuführungen) nach-

weisen konnten, nochmals gegenüber dem Vorjahr um 28 auf 209 zu. Während die Zahl der Kommunen mit unausgeglichenen Verwaltungshaushalten im Jahr 2000 33,6 % der Verwaltungseinheiten entsprach, stieg der Anteil bis 2002 auf 44,8 %. Von den kreisfreien Städten waren 5 von 8 betroffen. Bei den Landkreisen stieg die Anzahl von 16 auf 23 von 38. Das zeigt, dass die Haushaltssituation für eine wachsende Zahl von Kommunen ungeboren angespannt ist.

### **Finanzierungssaldo wieder negativ**

Den Gemeinden und Gemeindeverbänden ist es, wie bereits im Jahr 2001, nicht gelungen ihre Ausgaben gegenüber dem Vorjahr zu reduzieren. Dem leichten Wachstum der um den zwischengemeindlichen Zahlungsverkehr und haushaltstechnische Verrechnungen bereinigten Gesamtausgaben (ohne besondere Finanzierungsvorgänge) auf 14 320 Mio. Euro (+ 1,6 %) stand zwar ebenfalls ein Wachstum der vergleichbaren Einnahmensumme auf 14 145 Mio. Euro (+ 4,4 %) gegenüber. Der Einnahmewachstum reichte jedoch nicht aus, zum zweiten Mal in Folge einen negativen Finanzierungssaldo in Höhe von 175 Mio. Euro zu verhindern. Das Ergebnis fiel für die Gesamtheit der Kommunen gegenüber dem Vorjahr aber um 375 Mio. Euro günstiger aus. Darüber hinaus erzielten die kreisfreien Städte sogar einen positiven Finanzierungssaldo in Höhe von 80 Mio. Euro. Für das Jahr 2003 erwarten die Kommunen lt. Haushaltsansatzstatistik wieder ein kräftiges Minus.

### **Zahl der kommunalen Ausgliederungen gegenüber dem Vorjahr leicht rückläufig**

Diese Ergebnisse berücksichtigen noch nicht, dass die niedersächsischen Kommunen wie bereits seit den frühen 90er Jahren auch in 2002 von der Möglichkeit Gebrauch machten, Teilbereiche aus den Kommunalhaushalten auszugliedern. 2002 wurden nach Kenntnis des NLS 31 Einrichtungen ausgegliedert (im Vorjahr 39). Gegenüber dem Ende der 90er Jahre, wo pro Jahr noch ca. 70 Einheiten ausgegliedert wurden, hat sich ihre Anzahl inzwischen halbiert. Der Schwerpunkt lag wie in den Vorjahren in den Aufgabenbereichen Abwasserbeseitigung (6 Einheiten) und den Hilfsbetrieben der Verwaltung (5 Einheiten) sowie anderen Einrichtungen. Aus diesem Grunde wird der Vorjahresvergleich sowohl bei den Einnahmen als auch bei den Ausgaben sowie dem Schuldenstand beeinträchtigt.

Das NLS versucht, mit Hilfe einer freiwilligen Befragung der Kommunen, eine Abschätzung der Auswirkungen der Ausgliederungen in Form einer Basisbereinigung vorzu-

#### 4. Ausgefallenes Finanzvolumen aufgrund kommunaler Ausgliederungen 2001/2002 Ausgewählte Ausgaben und Einnahmen nach Arten

Art der Ausgaben/Einnahmen	Gemeinden, Samtgemeinden und Landkreise zusammen		Davon			
			kreisfreie Städte		kreisangehörige Gemeinden, Samtgemeinden und Landkreise zusammen	
	1 000 €	€ je Einwohner	1 000 €	€ je Einwohner	1 000 €	€ je Einwohner
<b>Ausgaben</b>						
Personalausgaben	17 851	2	1 546	2	16 304	2
Laufender Sachaufwand	27 240	3	4 008	4	23 232	3
Zuweisungen/Zuschüsse für lfd. Zwecke	-2 661	0	81	0	-2 742	0
Sachinvestitionen	9 584	1	451	0	9 133	1
<b>Kassenmäßige Ausgaben insgesamt</b>	<b>64 795</b>	<b>8</b>	<b>7 640</b>	<b>8</b>	<b>57 155</b>	<b>8</b>
<b>Einnahmen</b>						
Zuweisungen/Zuschüsse für lfd. Zwecke	6 704	1	14	0	6 689	1
Gebühren und ähnl. Entgelte	36 324	5	4 609	5	31 716	5
Übrige Einnahmen der lfd. Rechnung	5 624	1	3 634	4	1 991	0
Vermögensübertragungen	2 467	0	-	-	2 467	0
<b>Kassenmäßige Einnahmen insgesamt</b>	<b>55 967</b>	<b>7</b>	<b>8 260</b>	<b>8</b>	<b>47 707</b>	<b>7</b>

nehmen. Ziel ist es, das Vorjahr (Basis für die Veränderungsrate) um die Finanzvorfälle zu bereinigen, die im Berichtsjahr durch Aufgabenveränderungen (Ausgliederung von Aufgaben) nicht mehr in den Kommunalhaushalten enthalten sind.

Tab. 4. gibt einen Eindruck über das Finanzvolumen, das den Kommunalhaushalten durch Ausgliederungen im Berichtsjahr und im Laufe des Vorjahres verloren gegangen ist. Dieses Finanzvolumen wurde zur Bereinigung der Vorjahresbasis (2001) für die Berechnung von Veränderungsrate in den Tab. 5. und 6. sowie der Abb. 3. abgesetzt. Durch diese Basisbereinigung verschieben sich die Veränderungsrate der bereinigten Ausgaben um + 0,3 und der bereinigten Einnahmen um + 0,4 Prozentpunkte. Das Verhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben in ihrer Summe wird also nur geringfügig gestört. Für einzelne Zahlungsarten sind die Verzerrungen dagegen immer noch sehr deutlich.

#### Ausgabenwachstum bei der laufenden Rechnung

Die Ausgaben der laufenden Rechnung stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 442 Mio. Euro auf 12 121 Mio. Euro. Dem Ausgabenwachstum von 3,8 % (bereinigt + 4,2 %) steht auf der Einnahmenseite ebenfalls ein Wachstum von 4,4 % (bereinigt + 4,8 %) gegenüber.

84,6 % der bereinigten Gesamtausgaben entfielen 2002 auf die laufende Rechnung. Das Verhältnis zwischen konsumtiven und vermögenswirksamen Ausgaben hat

sich im Gegensatz zu den letzten drei Jahren um 1,8 Prozentpunkte wieder zu Lasten der Investitionen verschoben. Die Personalausgaben stellen dabei mit 3 921 Mio. Euro den bedeutendsten Ausgabenblock dar. Die Veränderungsrate von 1,7 % (unbereinigt) liegt 0,1 Prozentpunkte unter der des Vorjahres. Bezogen auf den gleichen Aufgabenbestand gegenüber dem Vorjahr, also unter Berücksichtigung der kommunalen Ausgliederungen, beträgt die Steigerungsrate 2,2 %, exakt der gleiche Wert wie im Vorjahr. Hierbei stiegen die Personalausgaben im kreisangehörigen Raum mit 2,2 % (bereinigt) stärker als in den kreisfreien Städten (1,9 %). Ergebnisse der Haushaltsansatzstatistik sowie die Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst deuten darauf hin, dass die Personalausgaben auch in 2003 trotz moderatem Stellenabbau weiter steigen werden.

#### Soziale Ausgaben zeigen leichten Anstieg

Die Bruttobeträge der Ausgaben für Leistungen der Sozialhilfe, Jugendhilfe u.ä. einschließlich der Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zeigten sich mit 3 533 Mio. Euro um 5,0 % insgesamt gegenüber dem Vorjahr weiter steigend. Die Steigerungsraten verteilten sich gleichmäßig auf kreisfreie Städte und Kreise. Bei den Steigerungen ist aber zu berücksichtigen, dass die Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz seit 2002 voll in den Kommunalhaushalten nachgewiesen werden, da sich die Kommunen an ihren Kosten beteiligen. Zuvor wurden sie als Leistungen des Landes bei voller Kostenerstattung, als sogenannte bewirtschaftete Fremdmittel aus den Kommunalhaushalten herausgerechnet.

## 5. Kassenmäßige Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände im 1. bis 4. Quartal 2002

Art der Ausgaben	Gemeinden, Samtgemeinden und Landkreise zusammen		
	1 000 €	€ je Einwohner	Veränderung zum Vorjahr in % <sup>4)</sup>
Personalausgaben	3 921 065	492	+ 2,2
Laufender Sachaufwand	2 866 745	360	+ 7,0
Zinsausgaben	525 658	66	- 4,0
Zuweisungen/Zuschüsse für lfd. Zwecke <sup>1)</sup>	5 150 771	646	+11,6
Leistungen der Sozialhilfe, Jugendhilfe u.ä. <sup>2)</sup>	3 532 176	443	+ 5,0
abzügl. Zahlungen von Gemeinden/Gv	3 875 005	486	+13,7
<b>Ausgaben der laufenden Rechnung</b>	<b>12 121 410</b>	<b>1 521</b>	<b>+ 4,2</b>
Sachinvestitionen	1 861 581	234	- 7,8
Erwerb von Beteiligungen	40 103	5	+33,0
Vermögensübertragungen <sup>3)</sup>	470 368	59	-10,3
Gewährung von Darlehn	44 123	6	-32,2
Schuldentilgung an öffentl. Bereich	48 546	6	-17,3
abzügl. Zahlungen von Gemeinden/Gv	265 977	33	- 7,3
<b>Ausgaben der Kapitalrechnung</b>	<b>2 198 744</b>	<b>276</b>	<b>- 8,8</b>
<b>Bereinigte Gesamtausgaben</b>	<b>14 320 154</b>	<b>1 797</b>	<b>+ 1,9</b>
nachr.: Finanzierungssaldo	- 174 855	- 22	x
<b>Besondere Finanzierungsvorgänge</b>			
dar. Schuldentilgung an Kreditmarkt	804 036	101	+10,2

<sup>1)</sup> Einschl. allgem. Zuweisungen, Umlagen, Schuldendiensthilfen, sowie Erstattungen an öffentl. Bereich. - <sup>2)</sup> Einschl. Leistungen, die im Auftrage von Bund und Land erbracht und von ihnen erstattet werden, jedoch ohne bewirtschaftete Fremdmittel. - <sup>3)</sup> Zuweisungen/Zuschüsse für Investitionen. - <sup>4)</sup> Die Veränderungsdaten basieren auf einem korrigierten Ergebnis für den Vorjahreszeitraum.

Die Ausgaben für Sozialhilfe stiegen in 2002 weiter um 98 Mio. Euro (+ 3,9 %) auf 2 604 Mio. Euro an. Die Ausgaben der Jugendhilfe wuchsen um 7,1 % auf 562 Mio. Euro. Die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz konnten dagegen weiter um 5,6 % (Vorjahr - 5,3 %) abgesenkt werden. Von den 443 Euro je Einwohner für soziale Ausgaben insgesamt entfielen 327 Euro je Einwohner auf die Sozialhilfe, 71 Euro je Einwohner auf die Jugendhilfe und lediglich 19 Euro je Einwohner auf Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Grundsätzlich zu beachten ist, dass das in der vierteljährlichen Kassenstatistik angegebene Ausgabevolumen nicht die Belastung der kommunalen Ebene wiedergibt, da hier Leistungen, die im Auftrage von Bund und Land erbracht und von ihnen erstattet werden, nicht abgesetzt werden können. Bewirtschaftete Fremdmittel sind dagegen in den Summen nicht enthalten. So wird das Wohngeld, auch wenn es von den Kommunen ausgezahlt wird, finanzstatistisch als Ausgaben des Landes nachgewiesen – genau so, wie die dazu gehörigen Erstattungen auf der Einnahmeseite. Dagegen werden Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz wie o.a. ab 2002 den Kommunalhaushalten zugeordnet, auch wenn sie teilweise vom Land erstattet werden. Darüber hinaus lassen sich die sozialen Ausgaben auf Gemeindeebene kaum mitein-

## 6. Kassenmäßige Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände im 1. bis 4. Quartal 2002

Art der Einnahmen	Gemeinden, Samtgemeinden und Landkreise zusammen		
	1 000 €	€ je Einwohner	Veränderung zum Vorjahr in % <sup>4)</sup>
Steuereinnahmen (netto) <sup>1)</sup>	4 757 468	597	+ 3,6
Zuweisungen/Zuschüsse für lfd. Zwecke <sup>2)</sup>	8 522 684	1 069	+ 6,4
dar. von Bund und Land	4 277 885	537	+ 1,5
Gebühren und ähnl. Entgelte	1 583 851	199	+ 1,2
Übrige Einnahmen der lfd. Rechnung	1 665 142	209	+26,5
abzügl. Zahlungen von Gemeinden/Gv	3 875 005	486	+13,7
<b>Einnahmen der laufenden Rechnung</b>	<b>12 654 141</b>	<b>1 588</b>	<b>+ 4,8</b>
Veräußerung von Vermögen	648 786	81	+13,2
Vermögensübertragungen	1 004 971	126	- 2,6
dar. von Bund und Land <sup>3)</sup>	533 828	67	+ 0,7
Rückflüsse von Darlehn	79 349	10	+14,7
Schuldenaufnahme vom öffentl. Bereich	24 029	3	-37,6
abzügl. Zahlungen von Gemeinden/Gv	265 977	33	- 7,3
<b>Einnahmen der Kapitalrechnung</b>	<b>1 491 158</b>	<b>187</b>	<b>+ 4,6</b>
<b>Bereinigte Gesamteinnahmen</b>	<b>14 145 299</b>	<b>1 775</b>	<b>+ 4,8</b>
<b>Besondere Finanzierungsvorgänge</b>			
dar. Schuldenaufnahme am Kreditmarkt	895 713	112	+23,1

<sup>1)</sup> Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. - <sup>2)</sup> Einschl. allgem. Zuweisungen, Umlagen, Schuldendiensthilfen und Erstattungen, jedoch ohne bewirtschaftete Fremdmittel. - <sup>3)</sup> Zuweisungen für Investitionen. - <sup>4)</sup> Die Veränderungsdaten basieren auf einem korrigierten Ergebnis für den Vorjahreszeitraum.

ander vergleichen, da nicht alle kreisangehörigen Gemeinden (von ihrem Landkreis) zur Durchführung der Sozialhilfe „herangezogen“ werden und nur wenige von ihnen ein eigenes Jugendamt haben.

### Vermögenswirksame Ausgaben stark rückläufig

Während die Ausgaben der laufenden Rechnung weitgehend aus festen Größen bestehen, die nur geringe Gestaltungsspielräume zulassen, bietet die Kapitalrechnung in Zeiten extrem angespannter Haushalte mehr Möglichkeiten für Einsparungen. Diese beanspruchten die niedersächsischen Kommunen in den vergangenen Jahren sehr intensiv. Das in den Jahren 1999 bis 2001 festgestellte wieder vorhandene Wachstum der Investitionen setzte sich in 2002 nicht mehr fort.

Die Sachinvestitionen sanken für die Gesamtheit der Kommunen um 7,8 % (bereinigt). Für Sachinvestitionen wurden durchschnittlich 234 Euro je Einwohner ausgegeben, 21 Euro weniger als 2001. Hiermit setzt sich ein schon seit längerem zu beobachtender Trend zur Beschränkung der Investitionen auf ein absolutes Minimum fort.

Für Baumaßnahmen als bedeutendstem Ausgabenposten wurden insgesamt 1 334 Mio. Euro aufgewendet. Das sind 7,6 % weniger als im Vorjahr. Hierbei gab es Zu-

## 7. Ausgewählte Ausgaben und Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände - Jahresergebnis 2002

Schl.- Nr.	Kreisfreie Stadt Landkreis Regierungsbezirk Land	Bereinigte Ausgaben des Gesamt- haushaltes	Darunter				Schulden- tilgung an Kredit- markt	Bereinigte Einnahmen des Gesamt- haushaltes	Darunter			Schulden- aufnahme am Kredit- markt
			Personal- ausgaben	Sächliche Verwaltungs- u. Betriebs- ausgaben	Soziale Leistungen	Sach- investi- tionen			Steuern (netto)	Zuweisun- gen von Bund und Land	Gebühren, Zweckge- bundene Abgaben	
in € je Einwohner												
101	Braunschweig, Stadt	1 882	603	227	477	168	258	2 786	841	401	104	54
102	Salzgitter, Stadt	2 154	576	415	603	227	199	1 938	637	448	266	274
103	Wolfsburg, Stadt	2 970	704	373	390	836	50	2 571	1 347	74	117	529
151	Gifhorn	1 805	366	203	382	146	67	1 807	447	414	74	54
152	Göttingen	2 437	570	313	459	176	153	2 954	542	522	226	81
153	Goslar	2 197	567	361	420	199	48	2 026	474	464	216	90
154	Helmstedt	2 361	576	374	469	201	50	2 412	588	441	249	23
155	Northeim	2 188	505	262	430	145	173	2 412	512	438	135	47
156	Osterode am Harz	2 367	576	364	456	192	145	2 275	525	407	352	140
157	Peine	2 072	475	269	383	334	89	1 898	459	398	163	132
158	Wolfenbüttel	1 980	482	306	359	197	68	1 981	494	420	141	81
<b>1</b>	<b>Braunschweig</b>	<b>2 193</b>	<b>544</b>	<b>302</b>	<b>439</b>	<b>239</b>	<b>129</b>	<b>2 353</b>	<b>624</b>	<b>414</b>	<b>174</b>	<b>121</b>
241	Region Hannover	3 029	593	379	531	168	193	3 008	834	407	225	186
241001	Hannover, Landeshtpstd.	2 793	679	264	x	135	249	2 838	1 093	212	187	258
251	Diepholz	1 987	457	263	417	247	67	1 930	610	334	140	112
252	Hameln-Pyrmont	2 429	542	282	476	245	51	2 288	601	388	234	136
254	Hildesheim	2 479	498	375	473	180	91	2 450	591	379	286	97
255	Holzminen	2 100	520	281	452	214	37	2 044	485	425	159	41
256	Nienburg (Weser)	2 002	485	302	438	199	65	1 968	517	389	154	89
257	Schaumburg	2 314	462	376	437	252	24	2 126	443	429	258	6
<b>2</b>	<b>Hannover</b>	<b>2 657</b>	<b>544</b>	<b>351</b>	<b>492</b>	<b>193</b>	<b>130</b>	<b>2 607</b>	<b>700</b>	<b>396</b>	<b>222</b>	<b>138</b>
351	Celle	2 288	479	294	468	237	78	2 326	574	437	167	56
352	Cuxhaven	2 333	358	322	405	227	94	2 150	451	514	228	118
353	Harburg	1 896	358	235	315	265	60	1 763	526	327	132	119
354	Lüchow-Dannenberg	2 422	646	446	460	168	48	2 146	420	563	309	10
355	Lüneburg	2 589	529	341	467	231	105	2 338	483	429	296	134
356	Osterholz	1 895	441	240	315	213	110	1 831	491	402	80	192
357	Rotenburg (Wümme)	2 093	466	326	395	306	80	2 117	463	415	226	117
358	Sothau-Fallingbostel	2 680	507	365	540	336	103	2 624	641	432	325	159
359	Stade	2 284	449	274	445	249	87	2 412	735	331	163	109
360	Uelzen	2 303	431	255	444	267	128	2 077	487	439	125	186
361	Verden	2 063	520	327	396	197	57	1 990	601	287	239	49
<b>3</b>	<b>Lüneburg</b>	<b>2 244</b>	<b>453</b>	<b>302</b>	<b>418</b>	<b>250</b>	<b>86</b>	<b>2 162</b>	<b>543</b>	<b>405</b>	<b>203</b>	<b>115</b>
401	Delmenhorst, Stadt	2 073	492	328	659	252	85	2 061	522	555	333	97
402	Emden, Stadt	2 450	676	417	615	447	83	1 965	761	364	159	59
403	Oldenburg (Oldb), Stadt	1 818	493	225	545	130	70	1 792	695	396	202	71
404	Osnabrück, Stadt	2 012	524	287	548	167	105	1 833	670	325	122	97
405	Wilhelmshaven, Stadt	1 893	575	244	649	121	8	1 777	546	544	98	-
451	Ammerland	1 894	398	335	315	253	44	1 829	452	347	191	88
452	Aurich	2 172	501	262	410	249	82	2 084	468	466	187	119
453	Cloppenburg	2 152	397	312	332	384	72	2 118	511	352	321	76
454	Emsland	2 281	363	218	368	353	94	2 125	505	364	124	35
455	Friesland	2 247	495	376	408	170	61	2 218	518	400	350	37
456	Grafschaft Bentheim	2 132	429	321	369	283	44	2 113	521	355	176	50
457	Leer	2 058	457	242	400	220	59	1 984	372	495	209	82
458	Oldenburg (Oldb)	2 019	454	367	318	276	27	1 910	476	331	282	48
459	Osnabrück	1 843	328	255	388	213	68	1 776	477	366	106	161
460	Vechta	1 958	360	327	350	319	41	1 991	579	307	253	65
461	Wesermarsch	2 094	491	319	470	184	67	2 057	637	405	124	108
462	Wittmund	2 288	523	327	340	356	46	2 155	403	491	420	35
<b>4</b>	<b>Weser-Ems</b>	<b>2 058</b>	<b>438</b>	<b>285</b>	<b>420</b>	<b>254</b>	<b>67</b>	<b>1 973</b>	<b>524</b>	<b>392</b>	<b>192</b>	<b>82</b>
	<b>Niedersachsen</b>	<b>2 288</b>	<b>492</b>	<b>310</b>	<b>443</b>	<b>234</b>	<b>101</b>	<b>2 265</b>	<b>597</b>	<b>400</b>	<b>199</b>	<b>112</b>
Kreisangehörige Städte mit rund 50 000 und mehr Einwohnern												
152012	Göttingen, Stadt	2 412	626	305	x	120	195	3 187	640	583	198	98
153005	Goslar, Stadt	1 702	478	447	x	199	23	1 301	555	162	266	108
157006	Peine, Stadt	1 495	463	269	x	354	-	1 311	497	260	228	-
158037	Wolfenbüttel, Stadt	1 331	362	259	x	181	96	1 408	612	226	70	58
241005	Garbsen, Stadt	1 175	297	179	x	58	52	1 311	547	246	60	-
241010	Langenhagen, Stadt	2 028	514	350	x	141	57	1 858	1 007	25	82	25
252006	Hameln, Stadt	1 641	549	222	x	249	42	1 447	646	198	255	169
254021	Hildesheim, Stadt	2 526	503	453	x	145	71	2 502	717	220	387	69
351006	Celle, Stadt	2 346	544	307	x	184	55	2 301	811	230	246	-
352011	Cuxhaven, Stadt	1 881	489	530	x	151	61	1 646	617	338	321	41
355022	Lüneburg, Stadt	2 491	636	186	x	139	119	2 168	607	183	304	116
359038	Stade, Stadt	1 996	484	254	x	175	85	2 777	1 519	42	225	88
454032	Lingen (Ems), Stadt	2 638	332	180	x	316	8	1 958	840	63	169	-
456015	Nordhorn, Stadt	1 551	355	289	x	181	29	1 573	606	164	216	28
459024	Melle, Stadt	1 187	256	229	x	189	66	1 234	614	179	127	253

wächse nur noch bei den kreisfreien Städten (5,3 %). Dagegen gab es bei den kleineren kreisangehörigen Gemeinden und den Samtgemeinden die deutlichsten Rückgänge um 19,1 bzw. 22,9 %. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass gerade bei den Baumaßnahmen der Vorjahresvergleich durch Ausgliederungen (insbesondere der Abwasserbeseitigung) aus den Kommunalhaushalten beeinträchtigt ist.

Bei den kreisfreien Städten variierten die Pro-Kopf-Beträge zwischen 593 Euro in der Stadt Wolfsburg gefolgt von Emden (387 Euro) und mit dem kleinsten Betrag der Stadt Wilhelmshaven (44 Euro). Im kreisangehörigen Raum lagen die Kreise Wittmund mit 284 Euro je Einwohner und Soltau-Fallingb. (264 Euro) am oberen und der Kreis Gifhorn mit 104 Euro gefolgt von der Region Hannover (105 Euro) am unteren Ende der Skala.

### **Bereinigte Gesamteinnahmen steigen (bereinigt) um 4,8 %**

Die Einnahmen der laufenden Rechnung überstiegen die laufenden Ausgaben um 533 Mio. Euro (im Vorjahreszeitraum 442 Mio. Euro). Der Einnahmerückgang des Vorjahres von 0,9 % kehrte sich unter Berücksichtigung der Ausgliederungen in ein Wachstum von 4,8 % um.

Hauptverantwortlich für diese Entwicklung ist insbesondere die Einnahmesteigerung bei den Steuern um 3,6 %. Sie konnten jedoch nicht die Einnahmeverluste bei den Steuern im Vorjahr voll kompensieren. Hauptanteil an dieser Entwicklung trägt die Gewerbesteuer (netto), die um 5,5 % auf nunmehr 1 600 Mio. Euro zunahm. Glücklicherweise wurden hier erwartete weitere Einnahmeverbrüche nicht realisiert.

Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer als zweiter großer Posten unter den Steuereinnahmen wuchs ebenfalls und zwar um 2,8 %. Der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer, der seit 1998 als Ausgleich für die weggefallene Gewerbesteuer gezahlt wird, verfehlte den Vorjahreswert erneut (- 0,7 %) und erreichte eine Höhe von 223 Mio. Euro. Die Grundsteuer B hatte wie schon in 2001 in 2002 ein vergleichsweise geringes Wachstum um 3,3 %.

Bei den Realsteuern – also den Grundsteuern A und B sowie der Gewerbesteuer – ist anzumerken, dass die niedersächsischen Kommunen auch in 2002 von der Möglichkeit Gebrauch machten, ihre Steuereinnahmen über die Gestaltung der Hebesätze zu verbessern. Dies ist nicht nur an den mit den Grundbeträgen der Realsteuern gewogenen Landesdurchschnittshebesätzen zu erkennen, die

eine Steigerung um 5 Prozentpunkte bei der Grundsteuer A, 5 Prozentpunkte bei der Grundsteuer B und 2 Prozentpunkte bei der Gewerbesteuer zeigten, sondern auch bei der Streuung der Hebesätze mit einer deutlichen Tendenz nach oben.

Die Pro-Kopf-Beträge der Steuereinnahmen zeigen bei den kreisfreien Städten eine Streuung zwischen 1 347 Euro in der Stadt Wolfsburg, 841 Euro in der Stadt Braunschweig an zweiter Stelle und 522 Euro in der Stadt Delmenhorst an letzter Stelle. Bei den kreisangehörigen Gemeinden stellen die Gemeinden Büddenstedt mit 2 332 Euro, Emmerthal mit 1 686 Euro und Stade mit 1 519 Euro die Spitzenreiter. Die Verwaltungseinheiten mit den geringsten Steuereinnahmen je Einwohner waren die Gemeinden Großheide mit 225 Euro und Rhauderfehn mit 259 Euro und der Samtgemeindebereich Nordhümmling mit 261 Euro.

Bei der Betrachtung der bereinigten Einnahmen des Gesamthaushaltes kommt neben den Steuern als wichtigster kommunaler Einnahmequelle den Zuweisungen von Land (und Bund) als zweitgrößtem Einnahmenblock besondere Bedeutung zu. Hier werden die Finanzmittel zusammengefasst, die den Kommunalhaushalten von übergeordneten Körperschaften zur Erfüllung ihrer Aufgaben zur Verfügung gestellt werden und die somit die originären Einnahmen ergänzen. Dazu zählen neben den Leistungen des kommunalen Finanzausgleichs auch Anteile aus dem Aufkommen der Spielbankabgabe sowie Zuweisungen für laufende Zwecke, Investitionszuweisungen und Schuldendiensthilfen. Diese Gruppe von Einnahmen hatte im Jahresergebnis ein Gesamtvolumen von 3 192 Mio. Euro (ohne Erstattungen), 1,0 % mehr als im Vorjahreszeitraum.

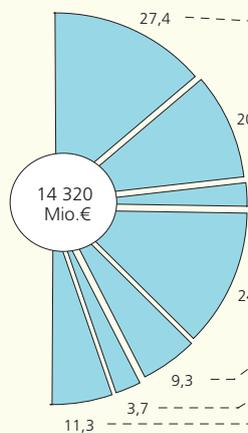
Die Zuweisungsmasse des Landes nach dem NFAG nahm gegenüber dem Vorjahr auf 2 664 Mio. Euro ab. 278 Mio. Euro wurden davon als Finanzhilfen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen in den Vermögenshaushalten eingenommen.

Nicht unerwähnt bleiben sollen in diesem Beitrag auch die übrigen Einnahmen der laufenden Rechnung. Sie zeigten in 2002 ein auffälliges Wachstum um 26,0 % auf 1 665 Mio. Euro. Hier ist letztendlich ein Sondereffekt bei der kreisfreien Stadt Braunschweig verantwortlich. Gewinnbeteiligungen in Höhe von 217 Mio. Euro, die aus einer Vermögensveräußerung bei einem beteiligten Unternehmen resultieren, sind in den Verwaltungshaushalt geflossen. Unter Berücksichtigung dieses einmaligen Effektes (Vermögen kann nur einmal veräußert werden) wäre der Finanzierungssaldo s.o. weitaus ungünstiger ausgefallen.

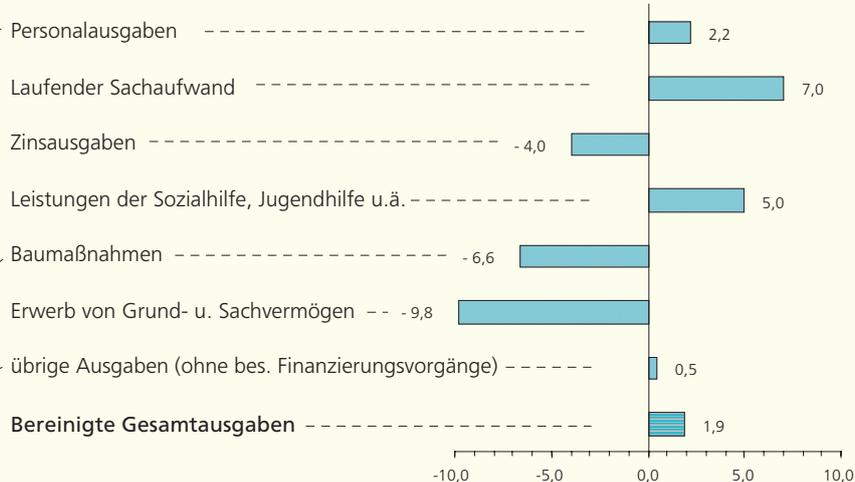
### 3. Ausgaben der Gemeinden, Samtgemeinden und Landkreise nach Arten

- 1. bis 4. Vierteljahr 2002 -  
Art der Ausgaben

Anteil in Prozent  
der bereinigten  
Gesamtausgaben



Veränderung  
gegenüber dem  
Vorjahr in Prozent



#### Gebühreneinnahmen zeigen Wachstum um 1,2 %

Die Einnahmen an Gebühren und zweckgebundenen Abgaben weisen zwar einen Rückgang von 1,1 % (unbereinigt) gegenüber 2001 auf, der Vorjahresvergleich wird jedoch auch in 2002 in besonderem Maße durch Ausgliederungen gebührenstarker Bereiche aus den Kommunalhaushalten im Berichtsjahr verzerrt. Für die in den Kommunalhaushalten verbliebenen Aufgaben ergibt sich daher ein Wachstum um 1,2 % (gegenüber - 0,9 % im Vorjahr) bei dieser Einnahmenart. Die Kommunen machten wie schon in den Vorjahren in weit stärkerem Maße von der Finanzierung durch Gebühreneinnahmen Gebrauch, als dies auf den ersten Blick erscheint.

Der Ausgabenrückgang der Kapitalrechnung um 8,8 % führte zusammen mit den Zuwächsen auf der Einnahmeseite um 4,6 % gegenüber dem Vorjahr zu einem Abbau der Unterdeckung der Ausgaben um 284 Mio. Euro auf 708 Mio. Euro.

Die Einnahmen der Kapitalrechnung, die in den letzten Jahren insbesondere durch die Veräußerung von Vermögen sprunghaften Veränderungen ausgesetzt waren, zeigten in 2002 ein Wachstum um 4,6 %. Hierbei stiegen die Einnahmen aus Vermögensveräußerungen sogar um 13,2 % auf 649 Mio. Euro. Über die Hälfte dieser Einnahmen entfielen auf Verkäufe von Grundstücken als Gegenstück zum Erwerb von Grundstücken.

Einnahmen in zweistelliger Millionenhöhe stellen die Ausnahme dar. Spitzenreiter ist die Landeshauptstadt Hannover mit einem Betrag von 101 Mio. Euro, darunter Einnahmen aus der Veräußerung von Anteilen an der Gilde-Brauerei. An zweiter Stelle liegt die Stadt Göttingen mit 93 Mio. Euro (u.a. aus dem Verkauf von Anteilen an der Versorgungs-AG), gefolgt von den beiden Landkreisen Göttingen (42 Mio. Euro) und Northeim (40 Mio. Euro) sowie der Stadt Bremervörde (16 Mio. Euro).

#### Schuldenstand auf den ersten Blick weiter rückläufig, aber Kassenkredite steigen

Die Verschuldung insgesamt lag Ende des Berichtszeitraumes nach ersten Ergebnissen der kommunalen Schuldenstatistik mit 8 203 Mio. Euro erstmals seit vielen Jahren um 34 Mio. Euro knapp über dem Vorjahresendstand. Insgesamt wurden von den Kommunen am 31.12.2002 einschließlich der Schulden bei öffentlichen Haushalten im Landesdurchschnitt 1 029 Euro je Einwohner nachgewiesen. In diesem Zusammenhang muss jedoch angeführt werden, dass der Einfluss der Schulden von im Berichtsjahr ausgegliederten Einrichtungen hier nicht genau quantifiziert werden kann. In der Tendenz wird dadurch der Schuldenstand im Berichtsjahr zu niedrig dargestellt. Insgesamt kann erstmals seit einigen Jahren auch ohne Berücksichtigung der Ausgliederungen wieder von einem Schuldenwachstum ausgegangen werden.

Wie im Vorjahr waren auch am Ende 2002 neben einer Reihe von Mitgliedsgemeinden von Samtgemeinden und dem gemeindefreien Bezirk Osterheide auch 2 Verwaltungseinheiten, die Gemeinde Dötlingen und der Samtgemeindebereich Harpstedt schuldenfrei. Die höchste Pro-Kopf-Verschuldung bei den kreisangehörigen Gemeinden wurde auf der Nordseeinsel Langeoog mit 2 848 Euro gefolgt von der Stadt Celle mit 1 954 Euro nachgewiesen. Die Pro-Kopf-Verschuldung der kreisfreien Städte variiert zwischen 75 Euro in Wilhelmshaven und 1 474 Euro in Delmenhorst, gefolgt von Osnabrück mit 1 295 Euro. Die Kommunen mit dem höchsten Schuldenstand in Euro sind die Landeshauptstadt Hannover mit 688 Mio. Euro, gefolgt von der Region Hannover mit 387 Mio. Euro.

Als weitere Einnahmeart sei die Aufnahme von Kassenkrediten erwähnt. Diese Überbrückungskredite, die lediglich der Liquiditätssicherung dienen und aus Sicht der Finanzstatistik normalerweise eine unbedeutende Rolle spielen, haben Ende 2002 ihren bisherigen Höchststand von 2 025 Mio. Euro erreicht. Da der Stand der Kassenkredite zu einem festen Zeitpunkt abgefragt wird, sie somit keine kumulative Größe wie die Einnahme- und Ausgabearten darstellen und starken Schwankungen ausgesetzt sind, gibt ihre Höhe keinen genauen Eindruck von den daraus entstehenden Belastungen für die Kommunalhaushalte wieder. Zusätzlich können aber die im Jahr

aufgelaufenen Zinsen für äußere Kassenkredite aus der vierteljährlichen Kassenstatistik betrachtet werden. Sie beliefen sich im Berichtsjahr auf 83 Mio. Euro gegenüber 89 Mio. Euro im Vorjahr. Aufgrund des leichten Rückgangs erscheint der höhere Stand der Kassenkredite nicht auf den ersten Blick plausibel. Auch wenn die Inanspruchnahme von Kassenkrediten noch immer auf einem extrem hohen Niveau ist, stellt der erwähnte Höchststand bezüglich der Zinslast für die Kommunen keine Verschlechterung dar.

### **Druck auf Kommunalfinanzen wächst**

Insgesamt stellt sich die finanzielle Situation der Kommunen nochmals ungünstiger als in den vier Vorjahren dar. Gegenüber 2001 hat sich die Gesamtsituation weiter verschlechtert. Die Zahl der Gemeinden mit Ist-Defiziten in den Verwaltungshaushalten und der hohe Stand an Kassenkrediten zeigt, dass viele Kommunen ihren Konsolidierungsprozess noch nicht erfolgreich abgeschlossen haben. Erschwerend kommt hinzu, dass die Einnahmeausfälle bei den Steuern aus dem Vorjahr nicht kompensiert werden konnten. Sondereffekte lassen das Ergebnis für die Gesamtheit der Kommunen zwar relativ positiv erscheinen, können aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die kommunale Ebene insgesamt auch in 2003 noch keinen allzu festen Boden unter den Füßen hat und vielleicht noch schwierigeren Zeiten entgegenseht.

### **Zusammenfassung: Staatsfinanzen**

*Die Ausgaben des Landes erreichten im Jahr 2002 einen Betrag von 22 186 Mio. Euro; sie lagen damit um 0,5 % über dem Stand des Vorjahres. Wichtigste Ausgabeposition waren wiederum die Personalausgaben, die auf 8 476 Mio. Euro (+ 4,0 %) stiegen und 38,2 % der Gesamtausgaben ausmachten. Die Einnahmen des Landes beliefen sich im Jahr 2002 auf 18 397 Mio. Euro, was einen Rückgang um 1,4 % bedeutete. Aus der weitaus überwiegenden Einnahmequelle, nämlich den Steuern, flossen dem Land insgesamt 13 362 Mio. Euro zu. Damit ergab sich gegenüber dem Vorjahr ein Minus von 6,8 %. Der sog. „Finanzierungssaldo“, die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben, war wiederum negativ und betrug 3 789 Mio. Euro.*

Heinz-Jörn Christoff (Tel. 98 98 - 32 25)

### **Zusammenfassung: Kommunalfinanzen**

*Die niedersächsischen Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt wiesen im zweiten Jahr in Folge einen negativen Finanzierungssaldo aus, und zwar in Höhe von 175 Mio. Euro. Die Personalausgaben stiegen um 2,2 % auf 3 921 Mio. Euro. Die Steuereinnahmen nahmen um 3,6 % zu. Insbesondere die Gewerbesteuer brachte den Gemeinden Gewinne. Die Gebühreneinnahmen wuchsen unter Berücksichtigung der kommunalen Ausgliederungen leicht um 1,2 %. Die Verschuldung der Kommunen zeigte eine Steigerung um 34 Mio. Euro auf 8 203 Mio. Euro am 31.12.2002 – allerdings ohne Berücksichtigung der weiter gestiegenen Kassenkredite. Die Gesamtentwicklung der Kommunalfinanzen deutet darauf hin, dass die schwierige Lage vieler Kommunen bezüglich ihrer Finanzsituation nicht überwunden ist.*

Karl-Heinz Haupt (Tel. 98 98 - 32 49)